

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 649

Mittwoch, 7. Februar 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|---|
| Das Stadtviertel El Milagro in Mixco – Eine Innenansicht..... | 1 |
| Neue Präsidiumswahl: Warum die Opposition im Kongress keine guten Karten hat..... | 3 |
| Nachtrag: Die Liste Arzú ist noch einmal gewählt..... | 4 |
| Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofs, José Arturo Sierra, wurde ermordet..... | 4 |
| Internationale BeobachterInnenmission begleitet die Wahlen zur GeneralstaatsanwältIn..... | 4 |
| EU wird 18 Projekte zu den Themen Justiz und Menschenrechte in Guatemala finanzieren..... | 5 |
| Rodas Andrade: Keine teuren Uhren mehr aus öffentlichen Kassen, Herr Präsident!..... | 5 |
| Klage über Attacken gegen den Ombudsmann für Menschenrechte Rodas Andrade..... | 5 |
| Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte macht Anhörung zum Fall Xamán..... | 6 |

Das Stadtviertel El Milagro in Mixco – Eine Innenansicht

Text: Francelia Solano, Plaza Pública, 28.01.2018 (Ausschnitt)

Dies ist eine Innenansicht einer Rotlichtzone aus der Sicht ihrer BewohnerInnen: zum Beispiel von Esteban und Mónica, die ihren Handel an Bussen weder beenden noch fortführen können (...).

Es ist fünf Uhr morgens in der Hauptstrasse des Stadtviertels El Milagro, man hört das Hupen der Busse und viele Menschen drängen sich an der Bushaltestelle. Der Bäcker, der Zeitungsbote, die Frau, die Brot mit Ei verkauft, die sind alle schon bei der Arbeit. El Milagro ist früher wach als die Sonne. Niemand weiss, was heute passieren wird, ob es Schüsse geben wird, ob jemand überfallen wird, ob die KleinunternehmerInnen die angsteinflössenden Anrufe der ErpresserInnen erhalten werden. Das Stadtviertel in der Zone 6 von Mixco ist eines der Rotlichtviertel des Landkreises. Hier wird etwa ein Viertel aller kriminellen Delikte in Mixco begangen. Der Bürgermeister, Neto Bran (*der laut der Webseite der Stadt erst bei der PAN, dann bei UNE, dann Kandidat für MR war und 2015 im zweiten Anlauf gewählt wurde; gegen ihn läuft seit November 2017 ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsmissbrauch und Pflichtverletzung, d. Red.*) erzählt, dass er gebeten worden sei, den Namen des Stadtteils zu ändern, weil es alle BewohnerInnen als Kriminelle stigmatisiere, wenn sie zum Beispiel Arbeit finden wollen. Bran tut alles Mögliche, um ihnen zu helfen. Er organisierte Streifendienste und Polizeipräsenz. Er verbot Alkoholkonsum. Auch Feiern auf der Strasse. Er schaffte 50 Tage ohne Mord, aber dann schafften es die KillerInnen Ende des vergangenen Jahres, diese kurze Ruhe zu stören.

Es ist eine komplexe Situation dort, ein Labyrinth der Gassen und vielen vielen Leuten. Hier wohnen 36.000 Menschen, viele kleine HändlerInnen oder Beschäftigte in der informellen Wirtschaft. Zwei Banden, Maras, sind hier anwesend, die um das Territorium kämpfen. Ausserdem gibt es eine Schule, ein staatliches und einige private Gymnasien. An jeder Ecke ein kleiner Laden. Es gibt ein Gesundheitszentrum, ein Freizeitzentrum mit Pool und eine städtische Turnhalle.

Dies ist die Geschichte, wie sie die Leute erzählen. Das ist El Milagro von innen.

Esteban und Mónica

Das erste Mal, das Esteban und Mónica, Geschwister und EigentümerInnen eines Busunternehmens, von Erpressungen hörten, war vor 12 Jahren. An dem Tag rief der Direktor von Flomitax, einer Busgesellschaftskooperative, Esteban an und sagte ihm, dass sie ein Koooperativenmitglied erschossen hatten, da er an die ErpresserInnen nicht gezahlt hatte.

Die Botschaft war klar: nun musste jede/r monatlich einen Geldanteil abgeben, um arbeiten und leben zu können. Über mehr als ein Jahrzehnt lang war dies ein Tabuthema unter den BusunternehmerInnen im Viertel. Niemand weiss, wie es funktioniert – ausser dem Präsidenten von Flomitax. Aber es fragte auch niemand nach, weil das den sicheren Tod bedeutet hätte. Das einzige, was man weiss ist, dass wöchentlich 150 Quetzales (ca. 16 €) für jeden Bus zahlen und dass

die Übergabe des Geldes pünktlich zu erfolgen hat. Die UnternehmerInnen haben die Möglichkeit zu zweifeln verloren und protestieren nicht, damit sich nicht das wiederholt, was vor acht Jahren passiert ist. 2009 hatten sich die GenossInnen entschieden, dem Treiben, das ihre Geschäfte zunichte machte, ein Ende zu bereiten. Man organisierte sich, um zu erkunden, wie man sich schützen könne. Das Ergebnis? Der Tod des Neffen der Geschwister und vier Kooperativenmitgliedern, die in die Ermittlungen verwickelt waren. Seit diesem Tag ist die Suche nach Gerechtigkeit und Antworten für sie kein Weg, dem es zu folgen lohnt. Sie haben auch die Möglichkeit, Rechtsmittel zu suchen aufgegeben. Sie glauben nicht, dass die Polizei irgendetwas für sie tun wird. Auch wenn nur wenig über die Mechanismen der Erpressungen bekannt ist, eines ist für die UnternehmerInnen sicher: Es gibt Leute, die in die Geschäfte eingeschleust wurden.

„Die Erpressungen in unserem Unternehmen laufen anders“, sagt Mónica. „Weil wir die BesitzerInnen sind, zahlen wir dafür, dass sie uns nichts tun. Aber die Erpressungen gegenüber den FahrerInnen laufen ganz anders ...“ Sie sinniert kurz über das Gesagte und überlegt kurz, ob sie mir etwas erzählen soll, das eigentlich für die GesellschafterInnen ein Geheimnis ist. Sie entscheidet, fortzufahren: „Praktisch sind diese die Erpressten“, sagt sie ein wenig leiser als zuvor. - „Die FahrerInnen?“ frage ich und sie nickt mit dem Kopf. „Ja, die FahrerInnen und die HelferInnen (ayudantes) – wenn auch nicht alle“, bestätigt sie. „Und da sind die Banden der Maras involviert. Die sorgen dafür, dass und wie das Geschäft läuft und wissen, wie sie an das Geld kommen.“

Die Erpressungen laufen hier im Viertel anders als anderswo. In den benachbarten Vierteln, etwa in Primero de Julio, rufen die ErpresserInnen die EigentümerInnen direkt an und geben ihnen Geheimcodes, mit denen sie im Bus bestätigen können, dass sie bezahlt haben. Aber in El Milagro kommunizieren die Maras über Mittelsmänner auf zwei Arten: über die FahrerInnen oder den Direktor von Flomitax – und jede/r der beiden hat verschiedene Funktionen. Sie schicken den FahrerInnen eine Warnung, wenn sie nicht zahlen. Im Falle von Flomitax wickeln sie das Erpressergeld ab und die EigentümerInnen zahlen ihren festen Anteil in den Büros am Ort. Diese Information hat ein Sprecher von Flomitax bestätigt – ebenso, dass viele Leute eingeschleust worden sind. Aber sie erweiterten den Kreis: sie glauben, dass auch einige Nachbarn und andere Busunternehmen darin involviert sind. Ein Verantwortlicher einer Gesellschaft, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will, sagte, dass sie vor 12 Jahren ein Abkommen mit den Maras des Barrio 18 geschlossen hätten und die Erpressungsgelder als Verwaltungsgebühren abgerechnet werden. An jedem Ende der Woche zahlen sie für die 46 Busse, die für sie fahren, ein festes Geld von knapp 7.000 Quetzales (über 750 €), also 150 Quetzales pro Bus. Daneben zahlen sie vier extra-„Löhne“, darunter das Weihnachtsgeld, den Bono 14 und den für den 15. September. Jede einzelne bewegt sich im Rahmen zwischen 10.000 und 40.000 Quetzales (zwischen 1.080 und 4.320 €). Alles zusammen kommen die GesellschafterInnen von Flomitax auf mehr als 400.000 Quetzales (43.200 €), die sie über den Fahrpreis eines oder einer jeden PassagierIn erwirtschaften muss.

Aber selbst wenn die Zahlungen von Seiten der Unternehmen pünktlich erfolgen, ist deswegen die Gewalt nicht beendet. Laut Edgar Guerra, der im Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) für die Verteidigung der NutzerInnen der öffentlichen Transportsysteme zuständig ist, sind die Busse, die Erpressungsgeld zahlen, dennoch nicht vor Überfällen sicher. Viele dieser Überfälle gingen von denselben kriminellen Banden aus, sagt er. In diesem Stadtviertel ist der Feind nahe und kennt die BewohnerInnen und ihre Familien mit Vor- und Nachnamen. „Sie wissen, wer wir sind, was wir tun und welche Busse wir haben“, sagt Mónica, die ihren Kampf gegen den Niedergang ihres Geschäftes fortsetzt. (...)

Esteban und Mónica sind sich einig, dass das Geschäft mit den Bussen früher richtig gut war, aber nun mache es nur Sorgen, weil die Einnahmen gerade mal die Summe des Erpressungsgeldes umfasse. Sie fordern von den FahrerInnen der Busse täglich 250 Quetzales Mietgebühr. Mit dem Geld können sie die Reparaturen und die Instandhaltung der Busse zahlen – und was übrig bleibt, ist ihr Verdienst. Aber der ist so niedrig und das Risiko so hoch, dass sie Massnahmen treffen müssen, um diskret aus dem Geschäft auszusteigen. Eine der Massnahmen war es, einen Tag zu fahren und einen anderen nicht, den Bus nicht zu reparieren oder zu versuchen, ihn zu verkaufen. Aber nichts davon hat funktioniert.

Im Mai 2017 wurden fünf Busfahrer und Ayudantes innerhalb von zwei Wochen ermordet. Das führte zu einem Streik. Nach einer Woche ohne Busverkehr kehrten sie zurück auf die Strassen, diesmal mit Angehörigen der Polizei (PNC) an Bord. Aber nach ein paar Wochen verschwanden die PolizistInnen und alles ging wie früher. Die GesellschafterInnen von Flomitax beklagen die höchsten Zahlen an getöteten FahrerInnen: zwölf in den letzten fünf Jahren. Laut Daten des Innenministeriums wurden zwischen Januar 2012 und April 2017 landesweit 475 BusfahrerInnen und Ayudantes ermordet, zwölf Personen wurden wegen dieser Vergehen in dieser Zeit verhaftet. Das Presseamt des Ministeriums sandte Bilder mit den Daten der Verhafteten aus den Jahren 2012, 2014 und 2017 und alle hatten dieselbe Nummer: Null. Keine/r wurde in jenen Jahren verhaftet.

Streifen gehen in El Milagro

Auf dem Kommissariat 16 der PNC klingelt das Telefon. Die Person am anderen Ende der Leitung sagt, dass soeben ein Mann ermordet worden sei. Die PolizistInnen notieren sich rasch die Adresse des Tatorts und starten ihren Pickup auf den Weg dorthin. Sie fahren so schnell, wie es der Verkehr bis zur Sektion „S“ im Stadtviertel El Milagro zulässt. „Es passierte auf der Parzelle 62“, wurde ihnen gesagt. Aber die PolizistInnen wissen nicht genau, wo das ist. Das Laby-

rinth der Gassen ist nicht logisch aufgebaut. Sie drehen viele Runden und schliesslich sehen sie einen Mann auf dem Boden liegend. In unmittelbarer Nähe sehen sie zwei bewaffnete Jugendliche, die auf eine zweite Person feuern. Sie halten sie fest. Die PolizistInnen vertrauen darauf, dass es eine sichere Festnahme werden wird. Aber die Mörder steigen auf ein Motorrad und türmen in höchster Geschwindigkeit. Die Verfolgung geht über den Boulevard, aber schnell verschwindet das Motorrad in einer der Gassen. Die Polizei versucht dies auch, aber unglücklicherweise ist ihr Fahrzeug zu gross. Daher setzen sie die Verfolgung zu Fuss fort. Sie rennen so schnell wie es Ihnen möglich ist, um sie in der nächsten Gasse zu erreichen. Sie fragen die Nachbarn, ob sie die Mörder gesehen haben. Die Leute ziehen es vor, nichts zu sagen oder zu verneinen. Die Verfolgung ist zu Ende.

Osvaldo Sánchez, der Leiter der Polizeidienststelle von Milagro, sieht für seine Einheit drei Probleme: Erstens kennen die Kriminellen den Stadtteil sehr gut. Zweitens schützen viele BewohnerInnen die Kriminellen, öffnen ihnen die Haustüren oder sie weigern sich, sie anzuzeigen. Und drittens hat die Polizei keine Motorräder, die Kriminellen schon. Es gibt in der Polizeistation täglich zwei Streifendienste mit insgesamt 22 PolizistInnen – aber kein Motorrad.

Neue Präsidiumswahl: Warum die Opposition im Kongress keine guten Karten hat

Mal wieder hat das Verfassungsgericht in die Politik eingegriffen – diesmal in die Wahl des Präsidiums des Kongresses. Die Vorstellung der neuen Mitglieder im letzten ;Fijáte!-Heft ist schon wieder Makulatur, denn das Verfassungsgericht hat die Wahl für ungesetzlich erklärt, da unter den Mitgliedern des Präsidiums auch sog. Transfuga sind, also Abgeordnete, die die Fraktion gewechselt haben. Seit einiger Zeit dürfen diese Personen keine Präsidiumsämter mehr übernehmen. Wie es weiter gehen könnte, darüber diskutiert die Internetzeitung Nómada. (d.Red.)

Guatemala, 31. Jan – Die wenigen Abgeordneten, die sich dem Pakt der Korrupten widersetzen, möchten nun das Urteil des Verfassungsgericht, das dem Präsidium des Kongress unter Vorsitz von Alvaro Arzú Escobar, Felipe Alejos und den Verbündeten von Jimmy Morales die rechtliche Berechtigung entzog, ausnutzen. Sie fordern ein Präsidium, das nur von jenen besetzt wird, die entweder in Opposition zu diesem Pakt standen oder die Zustimmung bereuten. Bislang haben sie nur 48 der für eine Kongressmehrheit notwendigen 80 Stimmen erreicht. Es müsste schon etwas Magisches (oder vielleicht Machiavellistisches) geschehen, damit sie Personen aus den Fraktionen von TODOS (16 Abgeordnete), der Reformbewegung (MR, 17 Abgeordnete) und sieben Unabhängigen für ihr Projekt gewinnen.

Luis Fernando Montenegro von Gemeinsam für Guatemala (EG) sagte zu diesbezüglichen Überlegungen: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass die Bevölkerung aufgehört hat, den PolitikerInnen und einer der wichtigsten Institutionen des Landes, dem Kongress, zu vertrauen. Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen, um ein Präsidium der Einheit zu präsentieren, mit einer gemeinsamen Agenda, die wir bearbeiten wollen. Keine Parteiinteressen, keine persönlichen Interessen, sondern im Interesse der Bevölkerung.“ Montenegro war mal Präsident des mächtigen UnternehmerInnenverbandes CACIF und der Vereinigung der KaffeeproduzentInnen ANACAFE, nun ist er einer von sechs Abgeordneten jener Partei, die Nineth Montenegro einst gründete. Nineth selbst zeigte sich auf der Pressekonferenz nicht sehr optimistisch, was das Erreichen des Zieles angeht.

(...) Nun hat das Verfassungsgericht, das zuvor bereits die Strafrechtsreformen des „Paktes der Korrupten“ ausser Kraft setzte, die Wahl des Kongressvorstandes gekippt, da als dritte Kongresspräsidentin die ehemalige PP-Abgeordnete Alejandra Carrillo die Fraktion zur MR hin wechselte, nachdem das neue Kongressrecht FraktionswechslerInnen verwehrte, in das Präsidium des Kongresses einzutreten.

Damit hat die Opposition einen Markstein gesetzt, der im Dezember nicht möglich war, nämlich ein alternatives Präsidium von neun Personen aufzustellen. (...)

Die ersten Reumütigen, die sich zu Wort meldeten, kamen von der UNE, die versicherten, dass sie ihre 29 Stimmen – und damit 60 % der 48 Stimmen, die die Opposition bisher hat – beisteuern würde. Damit würde sie ohne Zweifel ihr Recht auf eine erste Stellvertretung (Oscar Argueta) und den Posten eines Sekretärs (Edgar Reyes Lee) wahrnehmen. Ein weiterer, Eduardo Zachirsson von der rechtsgerichteten PAN, hätte ebenfalls gerne einen Platz im alternativen Präsidiumstableau, als einer der SekretärInnen. Die „Liste der Einheit“ könnte auch neun Stimmen von Arzú-GegnerInnen gewinnen (je eine/r 1 von MR, VVIVA und UCN sowie fünf Unabhängige) und könnte so auf 57 Stimmen kommen, wobei dann immer noch 23 Stimmen zu den notwendigen 80 fehlen. Diese müsste sie bei 14 Abgeordneten von TODOS finden, gegen dessen Fraktionsführer, Felipe Alejos die Staatsanwaltschaft (MP) und CICIG ein Ermittlungsverfahren wegen der Beteiligung im Falle der Vetternwirtschaft bei der Steuerbehörde SAT eingeleitet hat. Alejos folgte – ermutigt durch den Medienmogul Ángel González – Jimmy Morales und dem Hauptstadtbürgermeister Alvaro Arzú und erklärte MP und CICIG den Krieg.

Auch schwer zu kriegen sind die Stimmen der 17 Abgeordneten von MP, deren Fraktionsführerin Alejandra Carrillo ja gerade vom Verfassungsgericht abgesetzt worden ist. Kurz: drei Viertel der Abgeordneten von TODOS und MR müssten für die Oppositionsliste stimmen oder strategisch entscheiden, ihnen die Kontrolle über das Parlament zu überlassen. Die Verbündeten von Jimmy Morales, Arzú und Alejos, müssen hingegen, um eine Liste ihrer Gunst zu bekommen, nur verhindern, dass 12 Personen, die zuvor für sie gestimmt hatten, nun umfallen bzw. selbst eine neue KandidatInnenliste kreieren, die alle bisherigen enthält – ausser Alejandra Carrillo. Sie muss also TODOS und mindestens fünf von 17 MR-Abgeordneten dazu bringen, einen dritten Vizepräsidenten des Kongresses zu finden, der sie vertreten kann. Insofern haben die Verbündeten des Korruptionspaktes alle Möglichkeiten, die kurze Amtszeit von Arzú Escobar ein wenig aus-

zuweiten.

Den einzigen klitzekleinen Vorteil, den die Opposition hätte, wäre, dass das Verfassungsgericht anordnet, dass eine Norm angewendet wird, nach der in Zeiten einer Vakanz des Präsidiums die Plenarsitzungen durch den oder die ältesten Abgeordneten geleitet werden sollen. Da gibt es drei Personen, die nicht für Arzú Escobar gestimmt hatten: Nineth Montenegro, Mario Taracena (UNE) und Oliverio García Rodas (unabhängig), aber ebenso Iván Arévalo (MR), der gerade zusehen muss, wie sein alter Kumpel aus den Zeiten der FRG und PP, Aristides Crespo, ins Gefängnis wandert. Der Kampf im Kongress geht weiter. (Nómada)

Nachtrag: Die Liste Arzú ist noch einmal gewählt

Am 1. Februar fand die Wahl im Kongress statt und die Liste um Arzú, die wie folgt aussieht - Präsident: Álvaro Arzú Escobar (PU), StellvertreterInnen: Felipe Alejos (TODOS), Javier Hernández Ovalle (FCN) und Dolores Beltrán (MR) Secretäre: Estuardo Galdámez (FCN), Karla Martínez (AC), Juan Ramón Lau (TODOS), Jaime Lucero (UCN) und Jorge Arévalo (MR) – erhielten 90 Stimmen.

Die Alternativliste mit dem Kandidaten für das Vorsitz, Luis Montenegro (EG), für die StellvertreterInnen, Óscar Argueta (UNE), Andrea Villagran (TODOS) und Jean Paul Briere (TODOS), und denen für die Posten der SekretärInnen Carlos Chavarría (CREO), Walter Félix (URNG), Edgar Reyes (UNE), Eduardo Zachrisson (PAN) und Ranfery Montúfar (EG) erhielt 55 Stimmen. (La Hora)

Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofs, José Arturo Sierra, wurde ermordet

Guatemala-Stadt, 26. Jan - José Arturo Sierra González, ehemaliger Richter und Präsident des Obersten Gerichtshofs von 2013-2014, starb letzten Freitag als Folge eines bewaffneten Überfalls in der Zone 11 der Hauptstadt. Die Städtische Feuerwehr berichtete, dass der Überfall an der 11. Avenida, 32. Strasse der genannten Zone geschah, als Sierra in einem landwirtschaftlichen Laster fuhr. Der 72-jährige Richter wurde ins Roosevelt-Krankenhaus eingeliefert, starb aber an der Schwere der Schussverletzung. Polizei und später Staatsanwaltschaft waren am Tatort, um Indizien zu sammeln. Die Behörden haben noch nicht erklärt, ob es sich um einen direkten Angriff auf Sierra oder einen Raubversuch handelt. Einige ZeugInnen berichteten, dass die Mörder auf Motorrädern saßen, als sie das Auto von Sierra angriffen. In einer Erklärung übermittelte die Justizverwaltung der Familie ihr Beileid für den „tragischen Tod“ des Richters. Zugleich verurteilte sie die Tat „als Ausdruck der allgemeinen Gewalt in diesem Land“. Die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) bedauerte den Tod und verurteilte deren Herbeiführen. „Wir verkünden der Familie unser Mitgefühl und erinnern daran, wie Sierra sich bei all seinen Tätigkeiten im Justizsystem Guatemalas für Gerechtigkeit eingesetzt hat“, heisst es in dem Schreiben.

Karriere

Sierra González hatte eine langjährige Karriere im Justizwesen. Er war Anwalt und Notar, dann Richter und Magistrat, zunächst am Verfassungsgericht zwischen 1996 und 2001, später am Obersten Gerichtshof, wo er 2013 für zehn Monate den Vorsitz innehatte, nachdem sich die RichterInnen zwei Monate lang nicht auf einen Vorsitzenden hatten einigen können. Zwischendurch war er an der Juristischen Fakultät der Universität San Carlos tätig, war Mitglied des Verwaltungsrates des Nationalen Instituts für Forensische Wissenschaften und Präsident der Versammlung der Berufsverbände. Sierra war der Bruder der Richterin Marta Sierra de Stalling und Vater der Journalistin Elsie Sierra. Marta Sierra wurde 2015 beschuldigt, in einem Korruptionsskandal wegen passiver Bestechung verwickelt zu sein, aber die Ermittlungen wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt. (PL, telesur tv)

Internationale BeobachterInnenmission begleitet die Wahlen zur GeneralstaatsanwältIn

Guatemala, 25. Jan. - Internationale Menschenrechtsorganisationen haben sich zu einer Monitoring-Gruppe zusammengeschlossen, die die Wahlen zur GeneralstaatsanwältIn begleiten wollen. Ein Verfahren, das diese Woche mit der Einsetzung der Berufungskommission beginnt, die KandidatInnen für diesen Posten vorab begutachtet.

Angesichts der Bedeutung dieser Wahl für die Anstrengungen im Kampf gegen die Straffreiheit, haben die internationalen Organisationen die Entscheidung getroffen, diesen Prozess zu begleiten und technische Hilfen anzubieten, heisst es in dem Schreiben, das an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs und Vorsitzenden der Berufungskommission, José Antonio Pineda, gerichtet ist.

Die Organisationen wiesen darauf hin, dass VertreterInnen ihrer technischen Teams sich bei den Arbeitssitzungen der Berufungskommission einfinden werden, um den Prozess zu beobachten. Damit solle der Fortgang der Entwicklungen aus erster Hand erfahren und die Fortschritte, dieses für Guatemala und die Region so wichtigen Verfahrens der internationalen Öffentlichkeit übermittelt werden.

Das Schreiben wurde unterzeichnet vom Zentrum für Rechtsstaatlichkeit und Internationales Recht (CEJIL), der Open Society Rechtsstaat-Initiative, den AnwältInnen ohne Grenzen Kanada, der Stiftung für rechtsstaatliche Verfahren (DPLF), der Guatemala-Menschenrechtskommission, der Internationalen Plattform gegen Straffreiheit, der Internatio-

nenal Kommission der JuristInnen (CIJ) und dem Washington Büro für Lateinamerikanische Angelegenheiten (WOLA). Am Donnerstag hatte die Berufungskommission ihre zweite Arbeitssitzung, in der das „Fähigkeitsprofil“ von zwei KandidatInnen diskutiert wurde. Die Mitglieder einigten sich darauf, dass sie für dieses Amt der GeneralstaatsanwältIn niemanden akzeptieren, dessen berufliche Karriere irgendwelche aktive Beziehungen zu kriminellen Strukturen, Drogenhandel, Geldwäsche, Betrug, Steuerhinterziehung, Finanzdelikte oder Veruntreuung öffentlicher Gelder, illegaler Adoptionen, Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder Amtsmissbrauch aufweisen.“ (Cerigua)

EU wird 18 Projekte zu den Themen Justiz und Menschenrechte in Guatemala finanzieren

Guatemala, 1. Feb – Die Europäische Union (EU) wird 7,5 Millionen Euro für 18 Projekte in Guatemala bereitstellen. Diese Projekte befassen sich mit der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der indigenen Bevölkerung, der Jugend, den Kindern und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Elf Projekte werden von Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt, drei von lokalen Autoritäten und vier von Menschenrechtsorganisationen, erklärte das Büro der EU in Guatemala in einer Presseerklärung.

Deren Leiter, Stefano Gatto, wies darauf hin, dass die Geldmittel nach einer strengen Prüfung von Anträgen bewilligt wurden, welche auf einer „offenen und öffentlichen“ Ausschreibung gestellt worden sind. Die Auswahl sei auf der Basis der Qualität und Nachhaltigkeit in Bezug auf die Prioritäten und Ziele der Ausschreibung geschehen.

Grundlegende Voraussetzung, um EU-Hilfen zu erhalten, sei, dass die entsprechenden Organisationen „das Gesetz und den Rechtsstaat anerkennen“, sagte Gatto weiter. Die neuen Projekte für dieses Jahr werden in 13 Departments und 70 Landkreisen durchgeführt werden. Sie dienen dem Empowerment und der Produktivität von Kleinunternehmen und -ProduzentInnen, der Verbesserung des Wassermanagements in Gemeindeverbänden, der Vorsorge vor chronischer Unterernährung, dem Kampf gegen extreme Armut und der Verbesserung der Lebensqualität und Ernährungssicherheit, der Gewaltprävention in Bezug auf Kinder und Jugendliche im städtischen Raum und dem politischen Dialog zwischen Autoritäten und insbesondere Frauen und Jugendlichen im ländlichen Raum. (...)

Für die Jahre 2014-2020 wird die EU insgesamt 168,8 Millionen Euro in die Zusammenarbeit mit Guatemala investieren, insbesondere in die Ernährungssicherheit, die Konfliktlösung, die Wettbewerbsfähigkeit, den Frieden und die Sicherheit derjenigen, denen mit den Projekten geholfen werden soll. (Cerigua)

Rodas Andrade: Keine teuren Uhren mehr aus öffentlichen Kassen, Herr Präsident!

Guatemala, 29. Jan – Nachdem die generösen Ausgaben des Sekretariats für Verwaltungsangelegenheiten und Sicherheit (SAAS) für Nahrung (Champagner, Whiskey, Vitamine) und persönliche Gegenstände (Brille, Massagen etc.) in Höhe von 40.000 US-Dollar an den Präsidenten Jimmy Morales bekannt geworden sind, schickt ihm der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas Andrade, ein Schreiben, in dem er seine Sorge angesichts dieser Geschehnisse übermittelte und ihn aufforderte, für eine angemessene Qualität der öffentlichen Ausgaben zu sorgen.

Die Mittel des Haushaltes seien für die Erfüllung staatlicher Pflichten bestimmt (...), aber die Intransparenz der Verwendung der Mittel und die schlechte Qualität der Ausgaben böten Anlass für die Vermutung, dass der Staat kein guter Verteiler von Steuermittel sei, sondern die sozialen Ungleichgewichte und die Armut vermehre, in der 60 % der Bevölkerung leben müsse, schrieb Rodas in seinem Brief an den Präsidenten. Weiterhin kritisierte der Menschenrechtsbeauftragte, dass in den letzten Jahren der Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen, etwa im Bereich der Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, in alarmierender Weise zurückgegangen sei. Gleiches gelte für Programme zur Ernährung und Unterbringung von Kindern.

Vor diesem Hintergrund verurteilte Rodas Andrade öffentlich die Äusserungen des Sekretärs der SAAS, César Orlando Ramirez Mendoza, der die hohen persönlichen Ausgaben seiner Behörde zugunsten des Präsidenten mit dem Hinweis rechtfertigte, dass es in Bezug auf alle FunktionärInnen und Angestellten der Regierung eine uneingeschränkte Erfüllung der Transparenzkriterien und die Ausmerzung überflüssiger Ausgaben gebe – ganz im Sinne der Prinzipien der Sparsamkeit und Verantwortung im Umgang mit Geldern.

Rodas Andrade bat den Präsidenten, dass diese Prinzipien nun endlich fortlaufend, rasch und transparent angewendet werden, damit die öffentlichen Ausgaben für das Wohl der weniger zahlungskräftigen BürgerInnen getätigt werden, welche ja schliesslich die Mehrheit in diesem Lande bilde. Der Menschenrechtsbeauftragte schloss sein Schreiben damit, dass nichts auf drastischere Weise das Scheitern von Regierenden in einer Demokratie aufzeige wie ein Volk, das Hunger habe und unter freiem Himmel (über)leben müsse. (Cerigua, BBC)

Klage über Attacken gegen den Ombudsmann für Menschenrechte Rodas Andrade

Guatemala, 26. Jan. - Die Stiftung für rechtsstaatliche Verfahren (DPLF) erklärte ihr Unbehagen angesichts den Angriffen und Einschüchterungsversuchen gegenüber dem Menschenrechtsprokurator, Jordán Rodas Andrade. Diese hätten das Ziel, ihn aus seinem Amt zu jagen, wie einige FunktionärInnen auch schon öffentlich kundgetan hätten.

In ihrer Pressemitteilung bezog sich die Organisation u.a. auf Äusserungen im Kongress, nach der deren Menschenausschuss doch in den nächsten Tagen beschliessen solle, die Entfernung von Rodas Andrade aus seinem Amt in die Wege zu leiten. Zudem habe eine Organisation namens „Unsterbliches Guatemala“ einen Antrag auf ein Ermittlungsverfahren gegen den Ombudsmann gestellt, da dieser die Grenzen seiner Befugnisse überschritten habe, indem er (erfolgreich) das Verfassungsgericht angerufen habe, um die Ausweisung von Iván Velásquez, dem Leiter der CICIG, zu verhindern. Die Aufgaben des Menschenrechtsbeauftragten beinhalteten die Untersuchung von Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen und die Förderung von rechtlichen oder administrativen Aktionen oder Ressourcen in jenen Fällen, die vor Gericht verhandelt werden, schrieb die DPLF. Sie erinnerte daran, dass Rodas Andrade über den speziellen Schutz verfüge, der auf Vorsichtsmassnahmen gründet, den die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) Guatemala aufgrund der Drohungen gegen ihn, den Feindseligkeiten, die seine Arbeit einschränken soll, und den Einschüchterungen, denen er sich seit seinem Amtsantritt im August 2017 gegenüber sieht, auferlegt habe. (...) In ihrer Resolution vom 12. September 2017 über „Menschenrechte und den Kampf gegen Straffreiheit und Korruption“ hat die CIDH diese Verpflichtung im spezifischen Kontext Guatemalas bekräftigt (...). Die DPLF forderte ein sofortiges Ende aller einschüchternden Aktivitäten gegen Rodas Andrade und rief den Menschenrechtsausschuss des Kongresses auf, jegliche Versuche, Andrade des Amtes zu entheben, sofort zu unterlassen, damit dieser seine Arbeit fortsetzen könne. (Cerigua)

Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte macht Anhörung zum Fall Xamán

Guatemala, 24. Jan. - In ihrer 121. Ordentlichen Sitzung, die zwischen dem 29. Januar und dem 9. Februar 2018 stattfinden wird, wird der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (CorteIDH) eine öffentlichen Anhörung zum Fall des „Massakers von Xamán“ abhalten. Am 5. Oktober 1995 hat das guatemaltekische Heer auf dieser Finca im Landkreis Chisec im Department Alta Verapaz elf Menschen ermordet. Diese waren zurückgekehrte Flüchtlinge, die in den 1980er Jahren aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges nach Mexiko geflohen waren. Nach Angaben der Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH), waren unter den getöteten Personen drei Kinder. 26 weitere Personen wurden verletzt, drei von ihnen starben später an den Folgen der Verletzungen. Die CIDH beschloss, dass der guatemaltekische Staat – obwohl der Fall der militärischen Strafjustiz bekannt war, seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, die Geschehnisse unabhängig und unparteiisch zu untersuchen. Daher erklärte die Menschenrechtskommission, dass trotz der Verurteilung von 14 Militärangehörigen durch die Justiz in dem Verfahren Defizite und Regelwidrigkeiten vorhanden gewesen seien, die als Verletzung der juristischen Pflichten anzusehen seien. Daraus schloss die Instanz, dass Guatemala nicht der Verpflichtung nachgekommen sei, jegliche Drohungen und Feindseligkeiten gegenüber diversen Akteuren in dem Prozess zu verhindern, und bezeichnete diese Geschehnisse als Ausdruck von rassistischer Diskriminierung gegenüber den Völkern der Maya im Bürgerkrieg. Zugleich sei dieser Fall ein Spiegel dessen, wie die Situation der indigenen Familien, die damals infolge des bewaffneten Konflikts vertrieben worden waren, bei ihrer Rückkehr gewesen sei – dieses Massaker war sowohl ein Ausdruck der Auswirkungen des Genozids gegen die Maya-Bevölkerung während des bewaffneten Konfliktes, als auch Zeichen der andauernden ethnischen Diskriminierung, die dieser Situation zugrunde lag. Die CIDH übergab den Fall am 21. September 2016 der Rechtsprechung der CorteIDH, um darüber zu befinden, ob Guatemala tatsächlich die Empfehlungen der CIDH missachtet hat oder nicht. (Cerigua)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6